

Der Grosse Rat Le Grand Conseil
des Kantons Bern du canton de Berne

Montag (Nachmittag), 23. November 2020 / Lundi après-midi, 23 novembre 2020

Grosser Rat / Grand Conseil

4 2020.RRGR.359 Übrige Geschäfte

Aussprache gem. Art. 59 Abs. 1 GRG zu aktuellen wirtschaftlichen Folgen der Corona-Massnahmen, welche vom Bund und von der Berner Regierung ausgesprochen wurde, insbesondere zur wirtschaftlichen Einschränkung gewisser Branchen, Sportvereine, und Kulturbetriebe sowie möglicher Unterstützung

4 2020.RRGR.359 Autre affaire

Débat en vertu de l'art. 59, al. 1 LGC sur les conséquences économiques actuelles des mesures de lutte contre l'épidémie de COVID-19 prises par la Confédération et par le gouvernement bernois, notamment sur les restrictions d'activité auxquelles font face certaines branches, associations sportives et entreprises culturelles ainsi que sur un possible soutien

Präsident. Traktandum 4, eine organisierte Debatte im Sinn einer Aussprache gemäss Artikel 59 Absatz 1 des Gesetzes über den Grossen Rat (GRG) zu den aktuellen wirtschaftlichen Folgen der Corona-Massnahmen, welche vom Bund und der Berner Regierung ausgesprochen wurden, insbesondere zur Einschränkung gewisser Branchen, Sportvereine, Kulturbetriebe und möglicher Unterstützung. Hier führen wir eine Aussprache. Wir fassen keinen Beschluss. Wir organisieren die Debatte so, dass zuerst der Eingeber, Grossrat Reinhard, das Wort hat. Nachher hat jede Fraktion sechs Minuten Zeitbudget zur Verfügung, und am Schluss gibt es noch eine Wortmeldung der Regierung. Das Wort hat Grossrat Reinhard.

Carlos Reinhard, Thun (FDP). Herzlichen Dank für diese Aussprache. Weshalb diese Aussprache? Ich denke, nach diesen Sachen, die in den letzten paar Monaten und Wochen gelaufen sind und die der Regierungsrat auch entscheiden musste, ist es sinnvoll, wenn wir als Parlament etwas dazu sagen können. Es geht jetzt nicht darum, viel Kritik zu üben, sondern darum, vielleicht auch zu unterstützen. Wenn wir nämlich als Parlament jetzt etwas dazu sagen oder beitragen wollen mit Motionen – anderen Vorstossarten –, wird dies, wenn es dringlich erklärt wird, im März behandelt und hat danach Wirksamkeit aufs Jahr 2022. Das ist für viele Firmen der Eventbranchen, der Gastronomie, aus dem Sport oder der Kulturszene viel zu spät. Ich glaube auch, dass die Leute, unsere Wähler, es nicht begreifen würden, wenn wir einfach – ich sage jetzt – so eine normal geplante Session abhalten würden mit Budget und so weiter und nichts zur aktuellen Lage sagen könnten. Als Erstes möchte ich dem Regierungsrat danken und gratulieren – ich glaube, ich darf das im Namen von uns allen so machen –, dass er geeint aufgetreten ist und mutige Entscheidungen getroffen hat. Ich glaube, das ist unbestritten. Es ist auch schwierig, solche Entscheidungen zu treffen: die Abwägung zwischen Lockdown – sage ich jetzt einmal – oder offen halten. Dieser Spagat ist schwierig. Klar, man hätte es vielleicht etwas anders machen können zwischendurch, anders kommunizieren: Leute oder Firmen – ich denke da an solche aus dem Sportbereich –, die Schutzmassnahmen aufgebaut und durchgeführt haben und die das auch erfolgreich gemacht haben, hätte man vielleicht anders informieren können, vorinformieren. Aber hier merkt man natürlich auch, dass der Bundesrat halt auch viel an den Kanton delegiert hat und jeder Kanton jetzt versucht, gute Lösungen zu finden.

Ich bin auch der Meinung, dass wir aufpassen müssen – und da spreche ich auch an die Adresse des Bundesrates oder anderer Regierungen –, dass man versucht, verschiedene Massnahmen oder Auflagen zu machen. Ich finde es nicht richtig, wenn man bei gewissen Branchen verlangt, Löhne zu reduzieren oder sogar Löhne offenzulegen, und dies bei anderen Sachen nicht macht. Im Sport hat man jetzt gesagt, sie sollen die Löhne reduzieren – das wurde auch gemacht – und offenzulegen. Im Sportbereich arbeiten auch andere Leute, im Nachwuchsbereich, in der Gastro und so weiter, im Büro, in der Verwaltung, und ich finde es nicht richtig, wenn man dagegen bei den Spitälern das Gleiche nicht verlangt. Das sind auch Arbeitgeber im Sportbereich und so weiter; ich finde das nicht richtig. Für die Gesellschaft ist der Sport auch etwas Wichtiges. Ich kapiere zum Beispiel

nicht – das ist jetzt eine kleine Kritik –, dass Nachwuchsmannschaften im Elitebereich im Kanton nicht spielen und trainieren dürfen, und an anderen Orten in anderen Kantonen geht das noch. Dort muss man zwischendurch den Mut haben, halt etwas zu ändern.

Ich komme jetzt noch zu den sofortigen Hilfeleistungen für Firmen, seien das jetzt eben – wie ich gesagt habe – solche aus Gastronomie, Kultur, Sport oder dem Eventbereich. Sie haben sicher auch das Mail eines Kinobetreibers in Thun erhalten. Diesen hatte ich vorgängig schon einmal getroffen. Im Frühling konnten viele Unternehmen noch aus ihren guten Reserven arbeiten und die Krise vielleicht überbrücken, man konnte auch Kurzarbeit machen und so weiter. Aber auch diesen guten Firmen geht jetzt der Schnauf aus. Man hat auch – das höre ich ebenfalls vielfach, wie gesagt – weniger Konkurse als in einem normalen Jahr. Ja, dieses Jahr hatten wir Konkurschutz, Betreuungsschutz! Das wird jetzt aufgehoben. Sie haben vielleicht auch aus dem Kanton Zürich gehört, dass sie in den Konkursämtern das Personal aufstocken wollen. Also: Es wird erwartet, dass mehr kaputtgeht. Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wenn eine Firma hier weg ist, Konkurs im Kanton Bern – klar gibt es dann vielleicht wieder Nachfrage am Markt, und es kommen wieder Firmen, die in dieser Nachfrage ein Geschäft sehen, aber ob diese es wieder im Kanton Bern machen und hier Arbeitsplätze schaffen, das wage ich momentan zu bezweifeln.

Ebenso sind wir der Meinung, dass man nicht nach dem Giesskannenprinzip Firmen unterstützen und retten muss. Man muss ein System finden, mit dem man marode Firmen – und damit meine ich jene, die schon vor der Krise fast keine Daseinsberechtigung mehr hatten – nicht unterstützt. Ich bin selber, privat, noch bei einer Bürgschaftsgenossenschaft tätig, die genau die Bürgschaften der ersten Welle abgearbeitet hat, welche die Banken und so weiter vergaben. Wir haben diese behandelt. Ich durfte sehen, wie das geht. Am Anfang – das ging relativ schnell und unbürokratisch – gab man den Firmen diese Bürgschaften, Kredite. Und es ist richtig, am Anfang wurden vielleicht falsche Kredite gewährt: Hypothekenablösungen oder gewisse Investitionen, das ist falsch. Wir sind im Hintergrund daran, auch bei diesen Bürgschaften, die Leute wieder anzuschreiben und ihnen zu sagen: «Hören Sie zu, Sie wurden vielleicht falsch beraten von den Banken, den Treuhändern und so weiter, zahlen Sie das Geld zurück.» Es kommt sehr viel Geld wieder zurück. Also, Sie sehen: Auch im Hintergrund wird gearbeitet, damit nicht einfach Kredite oder Darlehen gewährt werden, ohne dass es nachhaltig ist.

Ich komme vielleicht noch zu einem Thema, das dann im nächsten Traktandum, im übernächsten Traktandum Thema ist: die Löhne. Wenn natürlich gefordert wird, Lohnerhöhungen noch höher zu machen für gewisse Kategorien von Staatsangestellten, und die Privatwirtschaft kämpft um jeden Arbeitsplatz, es gibt keine Lohnerhöhung und so weiter, und wenn dann von der Politik sogar noch gefordert wird, Lohnreduktionen zu machen wie im Sport, ist dies für mich ein grosser Widerspruch. Ich möchte Sie wirklich dazu aufrufen, dass wir heute – oder dann vielleicht morgen, je nach dem, wann wir dann dazu kommen, bei diesen vielen Planungserklärungen und Anträgen –, schauen, dass wir in dieser Situation gemeinsam ein Budget hinbekommen. Ich glaube, *kein* Budget wäre das grössere Problem als vielleicht ein Kompromissbudget. Aber es ist wichtig, meiner Meinung nach, dass wir ein Budget beschliessen können. Ich glaube, das erwarten unsere Wählerinnen und Wähler, die Bernerinnen und Berner, von uns: dass wir uns zusammenraufen, damit wir hier einen Entscheid treffen können.

(Der Sprecher wendet sich an Regierungsrat Ammann, der kurz zuvor hereingekommen ist und auf dem Podium Platz genommen hat. / Le porte-parole s'adresse au conseiller d'Etat Ammann, qui vient juste d'entrer et de prendre place.) Ich möchte mich bei der Regierung noch einmal bedanken für ihren Mut und ihren Einsatz. Ich wünsche Ihnen allen eine gute Session und bedanke mich, dass ich hier etwas sagen durfte.

Präsident. Bevor wir zu den Fraktionen kommen, begrüsse ich Regierungsrat Christoph Ammann und seine Leute unter uns, herzlich willkommen. Erste Fraktionssprecherin ist Grossrätin Imboden für die Grünen.

Natalie Imboden, Bern (Grüne). Zuerst möchte ich an dieser Stelle danken, dass die FDP, oder Carlos Reinhard, diese Debatte hier ermöglicht hat, denn ich denke, es ist richtig und wichtig, dass das Parlament in einer solchen Situation auch darüber sprechen kann, auch wenn wir hier bei diesem Traktandum keine Beschlüsse fassen. Alle von uns wussten im Sommer und waren gewarnt, dass wahrscheinlich eine zweite Welle kommt, und trotz all dieser Warnungen waren wir wahrscheinlich nicht genügend vorbereitet. Das ist keine Kritik am Handeln der Regierung, im Gegenteil: Es ist einfach eine Feststellung. Man will halt immer, dass es besser wird, und kann sich schwer

vorstellen, dass es immer noch schwierig ist.

Nach ersten Lockerungen, die wir im Sommer haben konnten, aber auch auf den 1. Oktober hin mit den Grossveranstaltungen, musste die Berner Regierung im Oktober bereits wieder in mehreren Etappen Einschränkungen aus epidemiologischen Gründen treffen, und die grüne Fraktion anerkennt, dass die Regierung handelte. Die verordnete Schliessung vieler Gastro-, Event-, Kultur- und Sportbereiche war weitergehend als auf Bundesebene; es wurde eben kantonal entschieden. Wie gesagt: Die Grünen sind grundsätzlich damit einverstanden und begrüssen es, dass die Regierung gehandelt hat, das ist richtig und wichtig. Und trotzdem müssen wir uns fragen: War jede dieser Entscheidungen wirklich evidenzbasiert, ist es nicht manchmal doch zu schematisch? Warum kann man Raclette-Stuben eröffnen, aber nicht Museen besuchen, wenn doch beide ein Schutzkonzept haben? Warum ist Shopping möglich, aber anderes nicht? Warum wurde der SCB – er hatte reklamiert – kurz vorher informiert, aber die Polizei zum Beispiel wusste nach dem 23. Oktober nicht, wie sie jetzt damit umgehen muss und ob die neuen Schliessungen zum Beispiel auch für die Sexbetriebe gelten? Fragen über Fragen.

Wahrscheinlich ist Kommunikation in diesem Moment tatsächlich schwierig. Das anerkennen wir, aber vielleicht muss man hier auch ein Augenmerk auf andere künftige schwierige Situationen legen und auch die Frage der Widersprüchlichkeiten, die gewisse Entscheidungen haben, und jene der Verhältnismässigkeit mit in die Abwägung – die nicht einfach ist – hineinnehmen.

Wir sprechen jetzt hier über die wirtschaftlichen Folgen. Diese sind gravierend. Aber wirtschaftliche Folgen sind immer auch gesellschaftliche, psychische, soziale Folgen, die dazu gehören und die man eben nicht gegeneinander ausspielen kann. In der ersten Welle war ein Credo: «Wir lassen niemanden hängen.» Und genau das ist auch jetzt wichtig. Die Berner Regierung hat Betriebschliessungen veranlasst, die weitergehend sind als in anderen Kantonen, ergo muss auch die Berner Regierung – und damit wir alle – nach Lösungen suchen, weil diese Konkurse, Verluste von Stellen, Arbeitslosigkeit, soziale und weitere gesellschaftliche Folgen zur Folge haben, die wir nicht wollen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, alle haben immer gesagt, der Föderalismus sei wichtig, aber wenn man jetzt die letzten Wochen und Monate beobachtet, muss ich sagen, dass die heisse Föderalismus-Kartoffel hier zum Teil einfach beliebig zwischen dem Bund und den Kantonen hin und her geschoben wird. Das ist ein unrühmliches Spiel; das soll nicht der Fall sein. Bereits im September beschloss das nationale Parlament – nicht weit weg von hier – eine Härtefallregelung, die für Härtefälle in ganz definierten Bereichen zur Anwendung kommen soll: Kultur, Events, Gastro, Tourismus, Reisebranche, Schausteller. Seither wird hin und her gefeilscht, wieviel Geld es ist und wer es bekommt. Wir sind froh und danken hier explizit der Berner Regierung, dass sie sich dafür eingesetzt hat, dass diese Bundesmittel erhöht werden, weil der Bund hier mehr Spielraum hat, aber – und das ist uns auch sehr bewusst –: Wenn der Kanton Bern zusätzliche Massnahmen beschliesst, haben wir auch eine Mitverantwortung, hier Lösungen zu finden. Wie die Gelder genau verteilt werden – 120 Mio. Franken, wie man in den Zeitungen lesen konnte –, ist leider heute noch nicht klar, aber wichtig ist, dass man hier statt überbürokratisierter Lösungen ein Optimum findet zwischen rasch und trotzdem verantwortungsbewusst. Oder um es in den Worten der Ökonomin Monika Bütler – sie ist auch Mitglied der Covid-Taskforce – zu sagen: im Zweifelsfall für Grosszügigkeit.

Wir müssen aber kritisch feststellen – und dies ist trotzdem ein kritischer Unterton an die Regierung –, dass seit September, als der Bund den Beschluss fasste, jetzt doch schon zwei Monate ins Land gegangen sind und wir bis zum heutigen Tag nicht wissen, wie der Kanton Bern die Nothilfegelder ausschütten will. Am Donnerstag kommunizierte die Regierung, dass man die Massnahmen des Bundes einschränken werde, also restriktiver sein werde als der Bund, und da möchte ich von der Regierung gerne hören, weshalb wir, wenn wir die Massnahmen früher ergreifen und restriktiver sind, dann bei den Kriterien auch noch restriktiver sein wollen, wenn wir doch genau wissen, dass in Bern viele Kulturbetriebe, kleine Beizen – ich zähle nicht die ganze Liste auf – grosse, grosse Probleme haben. Die Regierung kommunizierte am Donnerstag auch, dass sie auch Zulieferbetriebe zusätzlich begünstigen wolle. Das kann man diskutieren – aber wo diskutieren wir es? Hier braucht es dann vielleicht doch noch eine politische Diskussion. Wir sind der Meinung: Härtefälle sind Härtefälle, und jetzt muss es einfach schnell gehen.

In der ersten Corona-Welle reagierte die Regierung sehr rasch per Notverordnung im Bereich der Wirtschaft. Wir haben für technologieorientierte Unternehmungen rasche Unterstützung beschlossen. Dann ging es zack, zack! Bei den Erlassen von Geschäftsmieten hingegen hat der Grosse Rat einen Vorstoss der Grünen nicht unterstützt, während dies andere Kantone machten. Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist jetzt wirklich dringend, und dies auch an die Regierung: Wir bitten Sie,

tun Sie Ihr Möglichstes, hier rasch Klarheit zu schaffen, welche Berner Kulturbetriebe, die es sehr notwendig haben – Gastro, Events, Sport, Freizeit – zu diesen Geldern kommen. Sie brauchen diese, um ihre Existenz zu sichern und vor allem Arbeitsplätze zu erhalten. *(Der Präsident bittet die Rednerin, zum Schluss zu kommen. / Le président demande à l'oratrice de conclure.)* Das ist uns ein wichtiges Anliegen. Das ist das Schlussvotum. Herzlichen Dank für die Unterstützung, und ich bitte die Regierung, in diesem Punkt rasch Klarheit zu schaffen.

Peter Gerber, Schüpfen (BDP). Auch die BDP dankt für diese Möglichkeit zum Austausch. Die Fraktion anerkennt die Arbeit, das Engagement der Regierung, die anpackte, umsetzte, aber auch Rückgrat bewies. Viele von uns kennen diese Situation aus den kommunalen Aufgaben: Man muss Entscheide fällen und hat im Nachgang aber auch Verständnis, wenn man mit etwas mehr Wissen später etwas schlauer ist.

Ich komme zum Wirtschaftssektor. Aus Sicht der Wirtschaft hat die Regierung bisher adäquat reagiert und die richtigen Entscheide getroffen. Die Gratwanderung zwischen Volksgesundheit – und der damit verbundenen Belastung des Gesundheitssystems – und Unterstützung für die Wirtschaft in den bestimmten Sektoren hat der Regierungsrat gut gemeistert. Die Tourismusregion Berner Oberland musste aber Federn lassen und hat dabei grosse Verluste eingefahren. Die Verunsicherung im Oberland ist gross. Hier erwarten die Betroffenen ein Zeichen der Regierung, wie es weitergeht und wo auf zusätzliche Unterstützung gehofft werden darf. Der Kanton Bern hat die gesetzlichen Möglichkeiten, zusammen mit dem Bund weitere Massnahmen – wir konnten es lesen, rund 120 Mio. Franken – punktuell tätigen zu können. Dass die Erarbeitung der Spielregeln und das Vorgehen zur Verteilung Zeit braucht, verstehen die meisten Betroffenen. Was aber nicht verstanden würde – und da schaue ich nach rechts –, was nicht verstanden würde, wäre, wenn wir hier im Saal aufgrund politischer Differenzen kein Budget in trockene Tücher bringen würden. Ohne Budget wären diese Unterstützungen nicht möglich, und der Volkswirtschaftsdirektor könnte so eine seiner Kernaufgaben nicht anpacken.

Ich komme zu Gesellschaft und Bildung. Die von der Regierung beschlossenen Massnahmen zur zweiten Corona-Welle mit dem Ziel, einen zweiten Lockdown im Kanton Bern zu vermeiden ... Das hat die Regierung mit den Beschlüssen und der Verordnung, die weiter als der Bund gegangen sind, gut gemacht. Die Einschränkung der Höchstzahlen in den Restaurationsbetrieben und bei Veranstaltungen wie Messen und Märkten zur Eindämmung der Ausbreitung scheint zu wirken. Härter, aber aus unserer Sicht ... – Maskentragen ist heute eine Selbstverständlichkeit.

Ich komme zur Gesundheit. Mit dem Verbot elektiver Eingriffe in den Spitälern ist man etwas zu weit gegangen. Die Aufenthaltsdauer in Spitälern – man kann es nachlesen – beträgt sechs Tage. Eine rollende Planung, wie sie jetzt gemacht wird, wäre zielgerichteter gewesen, und wir hätten somit in den Spitälern keine Kurzarbeit gehabt. Gut fand ich in meinem Betrieb, einem Heimbetrieb, die klare Anweisung im März. Auch die zweite Phase – dass man nachher unter den Schutzkonzepten eine Flexibilität erhielt – war gut. Die Gefahr, das Gesundheitswesen zu überlasten, konnte mit den getroffenen Massnahmen vorerst gebannt werden, und ich hoffe, dass es auch so weitergeht.

Ich komme zur Kommunikation. Ab und zu etwas unglücklich war die Kommunikation teilweise, zum Beispiel bei der Massnahme zu den grossen Sportanlässen. Wenn Massnahmen beschlossen werden, sollten die Betroffenen umgehend von der Regierung ins Boot geholt werden. Des Weiteren wünscht die BDP, dass die Regierung weiterhin zeitnah und geschlossen auftritt. Das fördert das Vertrauen der Bevölkerung in die verantwortlichen Entscheidungsträger.

Und dann habe ich noch etwas Positives aus der Praxis. Bei meiner Visite auf der Wohngruppe kommt eine Pflegefachfrau aus dem Osten zu mir: «Herr Gerber, ich bin einmal mehr begeistert von der Schweiz. Während meiner Arbeit wusste ich immer, was zu tun ist. Ich hatte das nötige Schutzmaterial. Der Bus ist immer von Bern nach Friesenberg und wieder zurückgefahren. Am Abend kann ich einkaufen gehen, mein Natel funktioniert. Ja, zu Hause in der warmen Stube konnte ich sogar meine Zeitung lesen.»

Mathias Müller, Orvin (SVP). Wir befinden uns in einer Situation, die für uns alle neu ist, und neue Situationen haben es so an sich, dass man nicht auf altbewährte Problemlösungsstrategien zurückgreifen kann, sondern dass man neue Lösungswege suchen muss. Ob man richtig gehandelt hat oder nicht, kann man erst beurteilen, wenn die Krise vorbei ist, und momentan befinden wir uns noch in der Krise. Ich will und kann deshalb noch kein umfassendes Urteil über das Krisenmanagement unserer Regierung abgeben. Es ist der SVP-Fraktion aber ein Anliegen, der Regierung mitzuteilen, dass wir überzeugt sind, dass Sie alle, geschätzte Regierungsrätinnen und Regierungs-

räte, nach bestem Wissen und Gewissen handeln und versuchen, gute Lösungen für den Kanton zu finden. Wir haben auch positiv zur Kenntnis genommen, dass die Regierung ein Versprechen abgegeben hat, dass sie die Härtefallhilfe rasch und unkompliziert umsetzen will. Da wir uns aber in einer ungewissen Situation befinden, gibt es auch verschiedene Meinungen darüber, wie eine solche Situation gemeistert werden sollte.

Je geringer das Wissen über etwas, desto grösser der Glaube. Genau dieses Phänomen spürt man auch in der Gesellschaft – eine Gesellschaft, die aufgeteilt ist in zwei Lager. Die Spaltung liegt dort, wo der uralte Konflikt zwischen Freiheit und Sicherheit ist. Die einen haben Angst vor dem Virus, die anderen fürchten sich vor dem Verlust von Freiheit. In diesem Zusammenhang spielen Regierungen und auch ihre Kommunikation eine wesentliche Rolle. Die Geschichte hat immer wieder gezeigt, dass Freiheit nicht für Sicherheit aufgegeben werden kann. Wer das macht, verliert am Schluss beides. Wenn wir vor lauter Fokussierung auf die Gefahr durch das Virus die Folgen für die Wirtschaft, die Folgen für das soziale Gefüge der Gesellschaft oder auch für die menschliche Psyche vergessen, werden wir am Schluss vielleicht sogar einen grösseren Schaden haben, als das Virus allein hätte anrichten können. Wir rufen deshalb die Regierung auf, ganzheitlich und umfassend zu denken und zu handeln. Wir müssen uns bewusst sein, dass die Freiheit kein Privileg ist, das durch die Regierung gewährt wird. Freiheit ist keine weiche Knetmasse, die man mit jedem noch so unplausiblen Konzept zur Pandemiebekämpfung anpassen kann. Das heisst, dass Regeln und Verbote sinnvoll sein müssen – und vor allem müssen diese Regeln und Verbote verstanden werden. Damit die Menschen die Regeln und Verbote befolgen, müssen sie die Absicht dahinter verstehen, sie müssen das Warum dieser Regeln und dieser Vorschriften kennen.

Es ist aber durchaus – es wurde schon erwähnt – wirklich schwer nachvollziehbar, warum zum Beispiel Museen geschlossen sein müssen, während man in Läden einkaufen kann. Es ist schwer nachvollziehbar, warum Eishockey- oder Fussballspiele unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden müssen, obwohl kaum irgendwo sonst Schutzkonzepte und Contact Tracing besser umgesetzt werden können als in den Stadien. Gleichzeitig aber können die öffentlichen Verkehrsmittel, wo kein Contact Tracing stattfinden kann, vollgestopft und genutzt werden. Das ist nicht nachvollziehbar. Es ist auch schwer nachvollziehbar, dass Outdoor-Events wie Outdoor-Kinos oder Open-Air-Theater verboten sind, Schulen und Parlamente ihren Betrieb aber weiterführen können. Und sagen Sie mir jetzt nicht, der Grund dafür sei, weil das Parlament systemrelevant sei. Für die Leute, die in der Eventbranche arbeiten, ist die Durchführung von Anlässen nämlich auch systemrelevant.

Meine Aufforderung an die Regierung ist: Begründen Sie alle Massnahmen so, dass sie logisch nachvollziehbar und verständlich sind. Menschen werden genau solche logischen und nachvollziehbaren Regeln auch befolgen. Ein Beispiel, wie man es nicht machen sollte, war das Verhalten auf Bundesebene bezüglich der Masken. Sie wissen es alle: Im März, als Frau Martullo-Blocher im Nationalrat mit Maske auftrat, lachten die Medien, und auch die Politiker lachten. Danach hiess es, Masken bringen nichts, und heute fordert man überall Maskenpflicht. Das versteht der Mensch zu Recht nicht. Als Regierung müssen Sie sich auch immer bewusst sein, dass Sie keinen Erziehungsauftrag haben, sondern dass es Ihre Aufgabe ist, den mündigen Bürgerinnen und Bürgern zu dienen. Wenn sich Menschen bevormundet fühlen, stellen sie sich quer, und dann geht das wichtigste Element im Kampf gegen Corona verloren, nämlich die Akzeptanz der Regeln.

Seien Sie deshalb auch künftig vorsichtig, seien Sie eher zurückhaltend mit Pauschalverboten und nicht nachvollziehbaren Regeln. Heute hat man das Gefühl, dass das Ende der Corona-Ära in Sicht ist – vorausgesetzt, im Zusammenhang mit dem Impfstoff läuft weiterhin alles nach Plan. So hat man heute die berechtigte Hoffnung, dass etwa im Sommer 2021 die ganze Sache überstanden sein wird. Doch jetzt müssen wir zuerst einmal durch diesen Virus-Winter kommen, und das miteinander. Es wäre sicher falsch, jetzt, mit Blick auf das Licht am Ende des Tunnels, nachlässig zu werden. Es ist meine Meinung, dass wir jetzt aufpassen müssen: Wenn wir jetzt zu früh lockern, müssen wir nachher als Folge wieder verschärfen. Wir laufen dann nämlich Gefahr, dass das unkalkulierbare Wechselbad von Teillockdown, Lockdown und Lockerungen den Kanton wirtschaftlich, psychologisch und auch sozial zermürbt.

In diesem Sinn fordern wir die Regierung auf, dass sie an sinnvollen, nachvollziehbaren, vom Volk verstandenen, begründbaren Regeln festhalten, sich aber von unlogischen Vorschriften trennen. Wir fordern die Regierung auf, dass sie ihre Versprechen einhält und unbürokratisch und schnell hilft. Und wir fordern die Regierung auf, dass sie sich immer bewusst bleibt, dass sie *allen* Menschen und *allen* Sachen im Kanton Bern dient, und dass diese Menschen ein Recht darauf haben zu verstehen, warum man temporär ihre Freiheit einschränkt. Fertig!

Christine Schnegg, Lyss (EVP). Wer hätte vor einem Jahr gedacht, dass wir im November 2020 eine solche Debatte führen? Seit Monaten beschäftigt uns dieses kleine Virus, und wir haben mit dieser Pandemie grosse gesellschaftliche, wirtschaftliche und soziale Herausforderungen zu meistern. Wir alle sind betroffen, es geht uns alle an, niemand kann sich der Thematik entziehen und wir stellen fest: Jeder hat irgendeine Meinung dazu.

Wir sind heute aufgefordert, als Fraktionen dem Regierungsrat die Meinung zu sagen. Das mache ich gerne im Namen der Fraktion EVP, aber selbstverständlich nicht im Sinn eines Schimpfens. Der Fraktion EVP ist es ein Anliegen, dem gesamten Regierungsrat vor allem zu danken. Wir müssen uns bewusst sein, dass es eine Herkulesaufgabe gewesen ist und weiterhin ist, gleichzeitig die Menschen vor Ansteckung und Krankheit zu schützen – die Betagten und Vorerkrankten in besonderem Masse –, die Spitäler vor Überlastung zu bewahren, die Wirtschaft zu stützen und Arbeitsplätze zu erhalten, den Kindern und Jugendlichen weiterhin eine gute und lückenlose Schul- und Berufsbildung zu ermöglichen und bei all diesen verordneten Massnahmen auch die psychische und soziale Gesundheit unserer Gesellschaft nicht aus den Augen zu verlieren sowie ein Mass an gesellschaftlichem Leben zu ermöglichen. Eigentlich ist uns allen klar: Das ist fast ein Ding der Unmöglichkeit, und dabei können auch Fehler passieren.

Die Fraktion EVP ist aber der Meinung, dass der Regierungsrat in Zusammenarbeit mit dem Bundesrat umsichtig, angemessen, führungsstark und nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt hat. Bei den Unternehmen im Kanton Bern ist uns klar, dass nicht alle gleichermassen betroffen sind von den verordneten Massnahmen von Bund und Kantonen und dass es Verlierer, aber auch Gewinner gibt. Laut Umfrage bei den Berner KMU sind – nach Selbstdeklaration – etwa die Hälfte der Unternehmen weder Gewinner noch Verlierer, ein Viertel gehört zu den Verlierern und ein Viertel zu den Gewinnern. 72 Prozent der befragten KMU schätzen trotz Schwierigkeiten ihre Zukunftsfähigkeit als intakt ein. Das lässt uns doch hoffen und diese Nachricht bewerten wir als sehr positiv. Wir nehmen aber auch positiv zur Kenntnis, dass der Bund massiv nachschiebt mit Unterstützungsgeldern, vielleicht ein Stück weit auf den Druck durch den Regierungsrat des Kantons Bern hin, und dass auch der Regierungsrat im Kanton Bern ein zusätzliches Notpaket schnürt. Die Härtefallgelder müssen aber zwingend nach klaren Kriterien vergeben werden und den am stärksten Betroffenen zugutekommen. Missbrauch muss unbedingt mit definierten Kontrollmechanismen verhindert werden. Ein gewisser Wirtschaftsabschwung wird trotzdem nicht zu verhindern sein; dies können wir nicht um jeden Preis verhindern.

Gerne geben ich dem Regierungsrat aber auch mit auf den Weg, dass er doch bei der Vergabe von Härtefallgeldern auch die kleineren Kulturinstitutionen und die kleineren Sportvereine nicht aus den Augen verlieren soll. Sie gehören sicher ebenfalls zu den Verlierern, und auch sie leisten eine wichtige Aufgabe im gesellschaftlichen Zusammenleben. Bedanken wollen wir uns nicht nur beim Regierungsrat, sondern auch ganz herzlich bei all den Menschen, die seit Monaten unter erschwerten Bedingungen im ganzen Gesundheitswesen arbeiten, besonders in der Pflege. Hier ist einer Mehrheit der Fraktion EVP klar, dass sich dieser Dank nicht nur durch Klatschen, sondern vielleicht auch in wirtschaftlicher Anerkennung und struktureller Optimierung in den Institutionen zeigen muss.

Dabei kann ich es nicht sein lassen, an alle hier im Saal zu appellieren, die gleichzeitig staatliche Unterstützung *und* Steuergeschenke fordern: Unternehmen steuerlich zu entlasten, die es nicht unbedingt nötig haben, und natürliche Personen zu entlasten, die es vielleicht kaum spüren werden, macht einfach in der jetzigen Zeit mit den riesigen finanziellen Herausforderungen in unserem Kanton keinen Sinn und wäre in unseren Augen nicht viel mehr als Symbolpolitik.

Wir stellen fest, dass besonders unsere Jugend einen hohen Preis zahlt in der ganzen Krise. Jugendliche leiden besonders stark darunter, dass sie sich nicht mehr im gewohnten Mass und Umfeld treffen können. Bildung und Ausbildung sind erschwert, und hier braucht es Kreativität und Unterstützung in den Schulen und Lehrbetrieben. Erschreckend sind für uns Meldungen von häuslicher Gewalt, psychischen Erkrankungen, Suchtproblematiken im Bereich Alkohol und Medienkonsum sowie die Erhöhung der Suizidrate. Die Bevölkerung im Kanton Bern braucht deshalb dringend eine Perspektive. Ich rufe Medien und Politik auf, Hoffnung zu verbreiten und wenn möglich auch anders als in täglichen Ansteckungsraten und Schreckensmeldungen zu kommunizieren.

Erfreulich werten wir die Tatsache, dass gerade Vereine, Kulturinstitutionen und Kirchen mehr denn je für einen grossen Kitt in der Gesellschaft sorgen. Es gibt wunderbare Initiativen und viele kreative Angebote, um Menschen zu erreichen, zu unterstützen, zu unterhalten, zu motivieren und zu ermutigen. Gerade aus kirchlichen Kreisen gibt es viele Berichte über spannende Projekte, die auf grosses Interesse stossen. Online-Gottesdienste sind gefragt, Jugendgruppen treffen sich virtuell zu Spielabenden, Pfarrpersonen sind in der momentanen Lage bereit, am gleichen Sonntagmorgen

drei Gottesdienste für je 15 Personen anzubieten, Gemeindegruppen treffen sich outdoor zu gemeinsamen Gesprächen in den erlaubten Gruppengrössen. Solche Initiativen wollen wir besonders würdigen!

Zum Schluss rufe ich uns alle zu Solidarität auf. Wir können den Weg aus der Krise nicht allein auf Regierung und Staat abwälzen. Halten wir uns selbst an die verordneten Hygiene- und Abstandsregeln! Seien wir dankbar für unsere gute Infrastruktur, die auch in der Krise Bestand hat und die uns trotzdem ein einigermaßen komfortables Leben ermöglicht. Unterstützen wir das einheimische, das kantonale Gewerbe. Entrichten wir mal ein Trinkgeld mehr als sonst. *(Der Präsident bittet die Rednerin, zum Schluss zu kommen. / Le président demande à l'oratrice de conclure.)* Lassen Sie uns kreativ sein in der Unterstützung von Menschen, die unsere Ermutigung und unsere Hilfe brauchen. Halten wir durch und leisten wir einen persönlichen Beitrag zur Besserung, wo dies möglich ist.

Luca Alberucci, Ostermundigen (glp). Covid ist eine ausserordentliche Situation, die unserer Bevölkerung Grosses abverlangt hat und weiterhin Grosses abverlangen wird. Ich denke ans Pflegepersonal. Ich denke an die Lehrkräfte. Ich denke an die Familien mit Kindern im Fernunterricht. Ich denke an all die Leute, die über Monate im Homeoffice arbeiten, an die Gastro-, Event-, Tourismusbranche, an die Kulturschaffenden, an die Jungen, die nicht mehr einfach so in die Welt oder durch die Gassen ziehen können, oder an die älteren Menschen und Risikogruppen, die sich vermehrt aus dem Sozialleben zurückziehen mussten. Ich glaube, wir können stolz sein, wie unsere Bevölkerung diese Krise gemeistert hat und sich immer noch dieser Situation hergibt. All diesen Leuten – nicht nur jenen, die ich erwähnt habe –, all den Leuten im Kanton Bern möchte ich an dieser Stelle ein Dankeschön aussprechen.

Ich glaube, wir können nicht nur alle Leute loben, sondern auch die politischen Entscheidungsträger im Kanton und in der Schweiz, insbesondere den Regierungsrat, aber auch den Bundesrat. Der Lockdown im Frühling war ein richtiger Entscheid, ebenso die auf breiter Front gesprochenen Unterstützungsprogramme im Lockdown, Covid-Kredite, Kurzarbeit. Im Sommer wieder weitgehend zu öffnen war auch richtig, und dass man jetzt versucht, Schritt für Schritt den korrekten Mittelweg zu finden, ist aus unserer Sicht ebenfalls genau richtig. Es gilt hier, soviel wie nötig zu machen und so wenig wie möglich.

Hier und jetzt stellt sich bei uns die Frage, wie wir mittelfristig mit dieser Pandemie umgehen wollen. Eines ist klar: Wir werden die Pandemie wahrscheinlich – hoffentlich – in ein paar Monaten in den Griff bekommen. Aber die langfristigen wirtschaftlichen und sozialen Folgen werden wir noch über Jahre spüren. Es wird Branchen geben, die sich erholen werden. Es wird andererseits andere Branchen geben, die mit dem Pandemie-beschleunigten Strukturwandel nicht überleben werden können. Insbesondere werden wir die Pandemie auch seitens der Kantonsfinanzen in den nächsten Jahren noch ganz, ganz aktuell und drastisch miterleben.

In dieser Phase gilt es für uns als Parlament, Politik und Entscheidungsträger, Grundsätze einzuhalten. Ein Grundsatz ist aus unserer Sicht, möglichst die Richtigen zu unterstützen – und diese dann richtig. Es ist absolut korrekt, dass wir Branchen unterstützen, die von der Pandemie geschädigt sind und jetzt drastische Ausfälle erleben müssen – Kultur, Sport etc. Aber wir müssen aufpassen, dass wir die Giesskanne nicht zur Regel machen und damit politisch eine chronische Strukturerhaltung etablieren. Warum? Weil wir auch in dieser Zeit haushälterisch mit unseren Finanzen umgehen müssen. Wir wissen ja: Gemäss Kantonsverfassung ist es uns nicht erlaubt, mittelfristig Defizite zu schreiben. Diese Defizite müssen mittelfristig ausgeglichen werden. Wie wir das in Covid-Zeiten machen werden, wird für diesen Rat hier noch eine echte Knacknuss werden.

In diesem Sinn fordern wir den Regierungsrat und die politischen Entscheidungsträger auf, mit Hochdruck eine Anpassung und Modernisierung der Schuldenbremse vorzuschlagen und auf den politischen Weg zu schicken. Wir fordern ihn auch auf, haushälterisch mit den Mitteln des Kantons umzugehen und insbesondere nicht nur die Risiken und Mehrkosten der Covid-Krise zu sehen, sondern auch die Chancen und Sparpotenziale, die die Covid-Krise mit sich bringt. Ich denke da insbesondere an die neuen Arbeitsformen, die durchaus auch eine Chance bieten – was den Flächenbedarf betrifft, das Verkehrsaufkommen und neue Projekte –, das Ganze zu redimensionieren. Die Gesellschaft und die Arbeitswelt werden nach der Covid-Krise nicht mehr so sein, wie sie vor der Krise waren.

Was wir auch verlangen, im Gegensatz zu meiner Vorrednerin: Wir denken, dass man die richtigen strategischen Entscheide in Sachen Steuern, die man gefällt und hier des Langen und Breiten debattiert hat, auch weiterhin verfolgt. Das ist für uns ganz klar; insbesondere die Senkung, die Unternehmenssteuerreform, ist kein Geschenk an die Unternehmen. Es ist etwas, das uns, die gesamte

Volkswirtschaft im Kanton Bern, mittelfristig stärkt. Wir gehören in der Steuerattraktivität zu den letzten Kantonen der Schweiz. Wir befeuern den Steuerwettbewerb nicht, wenn wir dort entgegenkommen. Einen populistischen Weg, bei dem man einerseits die Schuldenbremse nicht anpassen will, andererseits die Steuern senkt und gleichzeitig jegliche Leute unterstützen will, sehen wir nicht. Umgekehrt sehen wir – wie ich vorhin gesagt habe – auch eine Abkehr von dieser Steuerstrategie nicht. Wir sind der Meinung, dass dies den Kanton insgesamt stärkt.

In diesem Sinn wünsche ich uns und der Regierung viel Augenmass und Weisheit in der weiteren Meisterung der anstehenden Probleme und Herausforderungen. Und noch ein letzter Wunsch: Es ist uns als Fraktion sehr wichtig, dass auch wir als Parlament heute und morgen unsere Verantwortung wahrnehmen und das Budget, das uns vorgelegt wird, am Ende so verabschieden. Nach meinem Verständnis ist es so, dass man die Unterstützungsmassnahmen, die Härtefallregelungen nicht wird durchziehen können, wenn wir kein Budget haben. Entsprechend ist es an uns, dort Verantwortung mitzutragen und dieses Budget, auch wenn es uns nicht in allen Teilen passt, so mitzutragen.

Präsident. Ich gebe das Wort für die SP-JUSO-PSA-Fraktion Grossrätin Striffeler.

Elisabeth Striffeler-Mürset, Münsingen (SP). Im Namen der SP-JUSO-PSA-Fraktion danke ich den Mitgliedern der Regierung für ihre gute und umsichtige Arbeit während der ersten Welle. Es ist uns bewusst, dass diese Pandemie eine riesige, langanhaltende Herausforderung darstellt und immer wieder neue, schnelle und richtige Entscheide fordert. Richtig ist aber nicht für alle gleich richtig. Die SP-JUSO-PSA-Fraktion begrüsst, dass der Regierungsrat härtere Schutzmassnahmen getroffen hat. Für die SP stehen der Schutz und die Gesundheit der Bevölkerung an erster Stelle.

Die Berner Spitäler und Alters- und Pflegeheime leisten seit dem Anfang der Covid-Krise einen bedeutenden Beitrag zur öffentlichen Gesundheit. Besonders die Altersinstitutionen stellt die Umsetzung der Schutzmassnahmen vor grosse organisatorische und finanzielle Herausforderungen. Die Übersterblichkeit in der zweiten Welle ist hoch. Dadurch wird mehr spezialisierte Pflege und Betreuung notwendig, die aber nicht vorhanden ist. Es ist deshalb ein despektierliches und fatales Zeichen, wenn ausgerechnet in dieser auch für die Pflegenden herausfordernden Zeit die Lohnerhöhung ausbleiben soll.

Mit dem Ansteigen der Infektionen sind auch die Probleme mit dem Contact Tracing gestiegen. Wir schreiben uns seit Wochen auf Listen ein und es geschieht nichts. Viele von uns schränken sich ein. Ebenso viele, die eigentlich in Quarantäne müssten, sitzen mit uns im Zug oder essen am Nebentisch. Uns fehlt aber auch ein Impfkonzzept mit klaren Anweisungen des Kantons. Das braucht es jetzt.

Der Regierungsrat hat uns versichert, dass die Forderungen gehört werden und dass er bemüht ist, Härtefälle möglichst rasch – noch in diesem Jahr – zu unterstützen. Wir nehmen zu Kenntnis, dass der Regierungsrat mit zielgerichteten Massnahmen betroffene Branchen unterstützen will. Dass auch A-fonds-perdu-Beiträge geleistet werden sollen, erachten wir als sinnvoll. Dazu gehört aber auch, dass Mieterlasse für viele kleine Unternehmen dringend notwendig sind.

Für Sportveranstalter und Museumsbetreiber, die mit hohen finanziellen Mitteln die Schutzmassnahmen für ihre Besucher einhielten, ist es äusserst demotivierend und ärgerlich, dass sie ohne Vorwarnung schliessen mussten. Der Kultur- und der Eventbereich leiden sehr stark. Sie haben seit Februar praktisch ein Berufsverbot. Wir müssen wohl davon ausgehen, dass Veranstaltungen nicht vor dem Frühling wieder stattfinden können. Dem muss ebenfalls Rechnung getragen werden. Es muss schnell geholfen werden, bevor lange gewachsene Strukturen zerfallen.

Den Stadttourismus, den Eventtourismus und den Tourismus in global ausgerichteten Orten trifft es ebenfalls hart. Hier besteht die Gefahr, dass gewisse systemrelevante Betriebe und Infrastruktureinheiten die Krise nicht überstehen, was für die Zukunft des Tourismuskantons Bern fatale Folgen haben würde. Die Kongresszentren in Bern, Biel und Interlaken sowie die Eventagenturen benötigen unbedingt rasch und unbürokratisch Hilfe. Wenn auch noch der Wintertourismus mit internationalen Gästen eingeschränkt wird, besteht nämlich bei den Bergbahnen das nächste Problem. In der Volkswirtschaft des Berner Oberlandes nehmen der Tourismus und davon abhängige Wirtschaftszweige eine zentrale und wichtige Rolle ein. Eine lange andauernde Krise könnte hier zu Abwanderungen und zu einer besorgniserregenden Krisensituation führen.

Die finanziellen Folgen dieser Pandemie sind nicht bezifferbar und nicht vorhersehbar. Umso stossender ist es für die SP-JUSO-PSA-Fraktion, dass die bürgerliche Mehrheit in der Regierung und in diesem Rat dringend notwendige Mittel durch Steuersenkungen vergeben will. Dies ist nicht nur verantwortungslos, sondern ein Nichtrealisieren einer neuen Situation mit unvorhersehbaren Folgen

für die Bevölkerung und die Wirtschaft. Es gilt jetzt, den Sorgen und der Angst vor der Zukunft oder der Angst vor Krankheit sowie dem Misstrauen zu begegnen. Es gilt, ernst- und wahrzunehmen, was die Bevölkerung bewegt und umtreibt, zu unterstützen und zu helfen. Wir danken der Regierung für ihre Arbeit, die ihr noch lange nicht ausgehen wird.

Jakob Schwarz, Adelboden (EDU). Nachdem sich der Bund bei den Corona-Massnahmen im Sommer grösstenteils aus der Verantwortung verabschiedet hatte, war der Regierungsrat des Kantons Bern beim unerwartet starken Eintreffen der zweiten Welle ausserordentlich stark gefordert, wirksame, aber auch wirtschaftlich und menschlich vertretbare Massnahmen zu beschliessen. Unsere Fraktion bedankt sich vorweg beim Regierungsrat für die mutige und konsequente Haltung. Er versuchte mit damals schweizweit eher strengen Massnahmen, die Ansteckungsrate zu reduzieren, damit im Tourismuskanton Bern auf die wichtige Wintersaison hin eine Entspannung eintritt. Wir hoffen, dass sich der aktuelle Trend der Zahlen fortsetzt und damit die Bestätigung geliefert wird, dass der eingeschlagene Weg richtig war.

Was dabei insbesondere Gesundheitsdirektor Pierre Alain Schnegg über sich ergehen lassen musste, war teilweise eine Zumutung und unter der Gürtellinie, beispielsweise im «Zischtigsclub» von SRF, wo sich der CEO des SCB äusserst arrogant und unanständig gegenüber einem Regierungsmitglied äusserte. Nur kurze Zeit später zeigte sich denn auch, dass die vorerst zögernden Kantone, aber auch der Bund ebenfalls strenge Regelungen verordnen mussten, weil die Infektionszahlen explodierten.

Selbstverständlich ist sich unsere Fraktion – und ich als mitbetroffener KMU-Betreiber sowieso – sehr wohl bewusst, dass die Massnahmen auch zu grossen, wirtschaftlichen Einbussen führen und existenzbedrohend werden können, wenn plötzlich keine Einnahmen mehr da sind und Verpflichtungen weiterlaufen. Wir begrüssen es daher sehr, dass unser Wirtschaftsdirektor Christoph Ammann vehement forderte, dass der Bund die in der ersten Welle bewährten Instrumente – vereinfachter Zugang zu Kurzarbeit und Covid-Kredite – wieder aktiviert. Wie wir wissen, hat der Bundesrat inzwischen reagiert und bei der Kurzarbeit die Karenzfrist von zehn Tagen gestrichen sowie auch bei befristeten Arbeitsverhältnissen wieder Kurzarbeit zugelassen. Das sind äusserst wichtige Beschlüsse, insbesondere für die Angestellten und Betriebe im Tourismus. Auch bei den Covid-Krediten besteht voraussichtlich ab Dezember wieder eine gesetzliche Grundlage auf Bundesebene.

Unsere Fraktion könnte sich vorstellen, dass der Kanton Bern auch aus eigenen Mitteln ebenfalls das bewährte Instrument der Covid-Kredite anwendet, um die Wirtschaft mit Liquidität zu versorgen. Der Kanton erhält ja zurzeit Fremdmittel zu äusserst vorteilhaften Konditionen. Um unerwünschte Mitnahmeeffekte zu vermeiden, müssten die Mittel noch etwas zielgenauer eingesetzt werden als im Frühling die Bundeskredite, sodass wirklich nur betroffene Betriebe und deren Zulieferer einen solchen Kredit abholen können sollten. Nicht betroffene Geschäfte, zum Beispiel Landwirte oder Bauunternehmer, sollten keine Kredite mehr abholen können.

Voraussetzung wäre für unsere Fraktion ebenfalls ein zumindest vor der Krise funktionierendes Geschäftsmodell. Wenn ein Unternehmer vor der Krise gut aufgestellt war, sollte er eigentlich dazu imstande sein, nach der Krise wieder Geld zu verdienen und die Kredite wieder zurückzuzahlen. Es wird nicht möglich sein – und es macht auch keinen Sinn –, bereits vor der Krise angeschlagene oder marode Betriebe zu retten. Gegenüber Beiträgen à fonds perdu ist unsere Fraktion kritisch eingestellt, da die Gefahr von Ungerechtigkeiten und Ungleichbehandlungen gross ist. Es ist auch nicht so, dass diejenigen, die die grösste Lobby haben oder am lautesten rufen, die Hilfe am nötigsten haben. Das haben wir schon im Erste-Hilfe-Kurs im Samariterverein gelernt. Wir können uns aber vorstellen, dass die Covid-Kredite in klar definierten Härtefällen in A-fonds-perdu-Kredite umgewandelt werden. Dabei sind wir klar der Auffassung, dass die Hilfe auf Betriebe mit kleinen Löhnen und geringer Wertschöpfung fokussiert werden soll. Betriebe mit Grossverdienern haben mehr Spielraum, selber zu reagieren.

Unsere Fraktion ist sich aber auch bewusst, dass in der Krise neben wirtschaftlichen auch viele menschliche Schäden entstehen. Der Mensch ist grundsätzlich so konzipiert, dass er soziale Kontakte und körperliche Nähe, also das Zusammensein mit anderen Leuten, braucht. Auch diesbezüglich hoffen wir, dass sich gerade im Hinblick auf die bevorstehende Advents- und Weihnachtszeit, die für viele Menschen keine einfache Zeit ist, eine Entspannung der Lage zeigt und dass wieder mehr möglich wird.

Zum Schluss möchten wir uns beim Regierungsrat für den ausserordentlichen Einsatz in den vergangenen Monaten ganz herzlich bedanken. Er hat eine sehr schwierige Situation zu bewältigen,

denn auch bei den Bürgerinnen und Bürgern des Kantons Bern besteht eine riesengrosse Diskrepanz zwischen Leuten, die Angst haben und alles schliessen und verbieten wollen sowie anderen Leuten, die alles für unnötig oder sogar für erfunden halten. In Anbetracht dieser Ausgangslage hat der Regierungsrat aus unserer Sicht vieles richtiggemacht.

Adrian Haas, Bern (FDP). Für die FDP nur ganz kurz: Ich danke unserem Fraktionschef, der diese Debatte initiiert hat. Er hat auch schon das Wichtigste gesagt. Die Fraktion schliesst sich dem an. Wir wissen, dass es eine Herkulesaufgabe für die WEU ist, das Härtefall-Projekt umzusetzen. Schon die taugliche und gerechte Umschreibung der Anspruchsvoraussetzungen ist schwierig, sofern man nicht nur Bürgschaften gibt – und dann noch die Behandlung einer Unmenge von Gesuchen von Reisebüros, Eventfirmen, Tourismus- und Gastro-Unternehmen, aber teilweise auch aus der Industrie. In Anbetracht eben dieser grossen Menge und der Gefahr von Strukturerhaltung kann auch nicht jeder und jede auf Geld hoffen. Man kann Krisen letztlich halt mit Staatsgeldern nicht ungeschehen machen.

Unserem Regierungsrat kann ich für die Umsetzung aber insofern Mut machen, als auch andere Kantone Lösungen gefunden haben. Ich denke da zum Beispiel an Basel-Land oder an Luzern, die mit einem Gemisch von Bürgschaften und A-fonds-perdu-Beträgen fahren. Die FDP dankt der WEU schon jetzt fürs grosse Engagement. Machen Sie vorwärts!

Präsident. Ich gebe das Wort dem Volkswirtschaftsdirektor, Regierungsrat Ammann.

Christoph Ammann, Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektor. Ich möchte zuerst im Namen der Regierung danken für die anerkennenden, unterstützenden Worte, für die Dankesworte aus allen Fraktionen: Das sind wichtige Signale – wichtige Signale für die Regierung selbst, denn wir spüren, dass wir Rückendeckung haben und dass wir auf diese Art konsequent weiterarbeiten können und wollen. Auf der anderen Seite ist es aber auch ein wichtiges Signal an unsere Berner Bevölkerung und dass man feststellt: Das Parlament sieht, was die Regierung macht, schaut kritisch hin, aber schlussendlich sprechen wir die gleiche Sprache, wollen das Gleiche und stehen zusammen.

Sie können sich vorstellen, dass sich die Regierung seit dem Anfang dieser Pandemie auf einer Gratwanderung befindet. Dieser Grat ist manchmal sehr schmal, und die Hänge links und rechts fallen steil ab. Es ist ein Grat, auf dem man in einem zweisprachigen Kanton in die Westschweiz sieht und die Entwicklung der Pandemie in diesen Kantonen feststellt, und ebenso die Einflüsse – manchmal sind es unerwünschte Einflüsse, wenn es einen Pandemie-Tourismus gibt. Auf der anderen Seite sieht man als Deutschschweizer Kanton auf die Deutschschweiz und darauf, was dort gemacht wird und was nicht gemacht wird. Es ist eine Gratwanderung, wenn es darum geht, einzuschränken oder es eben nicht zu machen; es dort nicht zu machen, wo man von Selbstverantwortung, von Verantwortungsbewusstsein ausgeht, und auch die Einschränkungen eben so festzulegen, dass jede und jeder in diesem Kanton mit ihrem Beitrag – schlussendlich nur mit ihrem Beitrag – zum Gelingen beitragen kann. Sonst ist eine Regelung nichts wert.

Es ist eine Gratwanderung, auf der man manchmal nicht widerspruchsfrei unterwegs ist, wo sich aber viele der angeblichen Widersprüche schnell auflösen, wenn man feststellt, was die Regierung eigentlich will, seit die Zahlen im Oktober explodiert sind. Wir wollen, um es knapp und klar zu sagen, dass die Leute möglichst zu Hause bleiben. Das ist die Absicht, das ist die Grundhaltung und das ist die Überzeugung der Berner Regierung: dass wir, wenn wir auf diese Art und mit den Massnahmen, wie wir sie eingerichtet haben, dieser grossen zweiten Welle begegnen, diese auch in den Griff bekommen, und dass wir die Zahlen, so schnell es nötig ist, auf ein verträgliches Mass reduzieren können. Wenn ich von verträglichem Mass rede, geht es auch hier wieder um eine Gratwanderung, bei der es auf der einen Seite um den Schutz der Berner Bevölkerung geht – insbesondere von vulnerablen Gruppen –, bei der es darum geht, die Stabilität des Berner Gesundheitswesens sicherzustellen, und bei der es auf der anderen Seite darum geht, dass man möglichst viel Freiheit zulässt, sei das in der Wirtschaft oder auch im Privatleben.

Ich bin dankbar – um es noch einmal zu sagen – für diese unterstützenden Worte, geschätzte Grossrätinnen und Grossräte. Die zweite Welle ist nicht vorbei. Sie wird noch länger nicht vorbei sein. Sie geht ganz sicher über den Jahreswechsel hinaus. Wir wollen alle zusammen – Regierung und Parlament zusammen mit der Berner Bevölkerung – die Voraussetzungen schaffen, die während der Weihnachtszeit möglichst viel zulassen, ohne dass man ständig in der Angst sein muss, dass man damit gleich eine dritte Welle provoziert. Eine dritte Welle, geschätzte Grossrätinnen und

Grossräte, darf es nicht geben.

Ich komme zu den wirtschaftspolitischen Massnahmen. Selbstverständlich schaffen wir rasch und so schnell als möglich Klarheit, aber zuerst müssen wir selber von der Bundesebene her Klarheit haben, welche Spielregeln eigentlich gelten. Und wenn auch das Bundesgesetz über die gesetzlichen Grundlagen für Verordnungen des Bundesrates zur Bewältigung der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Gesetz) Ende September bereinigt wurde, wurde auf Verordnungsstufe gearbeitet. Die Spielregeln, geschätzte Grossrätinnen und Grossräte, sind noch heute nicht klar. Die Signale, die wir von Bundesbern erhalten, sind zum Teil recht widersprüchlich. Widersprüchliche Stimmen gibt es teilweise aus dem Bundesrat: Man hört, das Härtefallprogramm solle so eingerichtet werden, dass die Kantone ab dem 1. Dezember auszahlen können. Gleichzeitig hören wir – gerade in einem Radio-Interview gestern Mittag –, dass das Härtefallprogramm gar nicht für eine rasch wirksame Hilfe angelegt sei und Auszahlungen in diesem Jahr unmöglich seien.

Das ist der Spagat, respektive auch wieder ein Grat auf der Wanderung, welche die Regierung macht. Wir bereiten uns aber vor und sind bereit. Wir haben nicht zugewartet, bis sich Klarheit in jedem Detail einstellt, sondern wir haben festgestellt: Es gibt eine Rechtsgrundlage. Wir haben uns die Frage gestellt: Was ist auf der Rechtsgrundlage des Wirtschaftsförderungsgesetzes (WFG) möglich? Wir haben uns die Frage gestellt, in welchen Szenarien wir denken müssen, je nachdem, was auf Bundesebene passieren könnte und in den nächsten Wochen noch passieren wird. Wir denken also in Szenarien und arbeiten nicht nur daran. Wir arbeiten so schnell und auch intensiv und über die Wochenenden daran, dass wir der Regierung zeitnah Anträge unterbreiten können, sobald die Spielregeln klar sind, im Wissen darum, dass die Berner Wirtschaft nicht generell, aber dass ganz viele Unternehmen in einzelnen Branchen und branchenübergreifend *dringend* und sofort auf Unterstützung angewiesen sind. Gerade, wenn es eben darum geht, Liquidität sicherzustellen. Gerade, wenn es darum geht, als Unternehmerin oder Unternehmer diese Fragen zu beantworten: Belasse ich meine Leute in Kurzarbeit? Kommt es zu Kündigungen? Kann ich mir mit Kündigungen, mit der Aufhebung von Stellen, Luft verschaffen? Muss ich Konkurs anmelden? Denn gerade in einer solchen Zeit, in der diese Fragen akut und dringend sind, sollte die Politik dann auch klare Antworten geben können. Sobald – ich sage es noch einmal – wir von Bundesbern her die Spielregeln kennen, wird sich die Regierung schnell zu solchen Antworten und damit auch zur nötigen Klarheit bewegen können, respektive die entsprechenden Entscheide fassen.

Weil wir gesehen haben, dass es einen Vollzugsaufwand gibt, dass es aber auch das dringende Bedürfnis nach rascher Hilfe gibt, hat die Regierung beim Bund den Vorschlag nach einem zweistufigen Verfahren im Sinn einer Härtefallregelung eingebracht, um auf der einen Seite die Covid-Kredite zu reaktivieren. Wir haben mit Zufriedenheit festgestellt, dass der Bundesrat eine Delegationsnorm schaffen will, sodass das Parlament, wenn man sieht, wie die vorberatende Kommission reagiert hat, dem zustimmen dürfte und man die Mittel wieder hätte. Die Erwartung der Berner Regierung ist immer noch die: Wenn man es dann rechtskräftig hat, soll es auch wieder eingesetzt werden in dem Sinne, wie es Grossrat Schwarz gesagt hat. Das ist nämlich der Berner Vorschlag, den die Regierung eingegeben hat: dass man so Liquidität sicherstellen kann und parallel dazu das Härtefallprogramm laufen lassen kann – Härtefälle prüfen, beurteilen, entscheiden und nachher allenfalls einen Teil des Kredits in einen Beitrag umwandeln.

Ob das kommt oder nicht: Wir arbeiten, wie gesagt, in Szenarien. Wir werden Härtefallregelungen vorbereiten, die eine schnelle Umsetzung ... – so schnell es geht und so schnell es noch einigermaßen kompatibel mit der Finanzkontrolle ist. Ich sage nicht «einigermassen» ... Wir sind im Gespräch mit der Finanzkontrolle, wir werden diese Regelung auch in Zusammenarbeit mit der Finanzkontrolle einrichten. Wir werden aber ein schlankes Verfahren wählen, ein schnelles Verfahren, eines mit möglichst wenig administrativen Hürden; dies kann ich Ihnen hier und heute versichern.

Die Regierung wird zeitnah, sobald wir selber Klarheit haben, auch das Parlament und die Öffentlichkeit informieren, wie es weitergeht. Das Amt für Wirtschaft (AWI) in meiner Direktion arbeitet daran. Es ist der Auftrag der Regierung, dass die Berner Regelung noch dieses Jahr realisiert werden kann. Das ist das ambitionierte Ziel – daran arbeiten wir. Ich kann Ihnen nicht versprechen, dass wir es einhalten können, aber ich kann Ihnen versprechen, dass wir alles dafür tun, damit wir dieses Jahr noch beginnen können.

Präsident. Besten Dank Ihnen, Herr Ammann, und Ihren Mitarbeitenden. Wir sind damit am Ende dieser Aussprache angelangt. Ich verabschiede Herrn Ammann – bis bald –, und wir kommen zu den Geschäften der FIN.